

## **Europapolitische Situation: vordergründiger Optimismus, aber die Probleme bleiben**

Um den Euro ist es im letzten halben Jahr etwas ruhig geworden, was sich möglicherweise auch in unseren eigenen Reihen als nachlassende Beteiligung und Publikationsaktivitäten ausdrückt. Die Euro-Krise scheint vorerst entschärft zu sein, und aufgrund höheren Wirtschaftswachstums und der vordergründig verbesserten Lage in den Krisenländern Griechenland, Portugal und Spanien herrscht in der EU optimistische Stimmung, zumindest unter den Eliten in Brüssel, Paris und Berlin. Das Gefühl, dass die Krise nun vorbei sei, drückt sich in ambitionierten Plänen wie der Ende 2017 in die Wege geleiteten *Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit* in der Militärpolitik (PESCO) aus. Ein weiteres Beispiel für diesen Optimismus dürfte die kürzlich angekündigte Neubearbeitung des deutsch-französischen Élysée-Vertrags sein. Die Spindoktoren der EU und die „pro-europäischen“ ideologischen Apparate tun zudem alles, um die Illusion zu verbreiten, es sei wieder alles in Ordnung.

Die grundlegenden politischen Zerwürfnisse innerhalb der EU, etwa zwischen west- und osteuropäischen Mitgliedsländern, und die strukturellen Ungleichgewichte in der Eurozone sind freilich nicht behoben. Auch die Staatsschulden südeuropäischer Mitgliedsländer bleiben trotz Austerität auf sehr hohem Niveau. Die Wahlen in Italien im März 2018 könnten in eine euroskeptische Regierung münden und die ökonomischen Probleme der Eurozone wieder auf die politische Tagesordnung bringen.

Unabhängig davon dürfte in die von Emmanuel Macron angestoßene Debatte um Reformen der Eurozone mit dem nun unterzeichneten Vertrag für eine GroKo wieder etwas Leben kommen, sofern er von der SPD-Basis abgesegnet wird. Die wahrscheinliche Beteiligung der SPD an der Bundesregierung könnte dabei als positives Signal im Sinne Macrons gewertet werden, zumal die SPD das hierbei wichtige Finanzministerium erhalten dürfte. Andererseits kommt der Vertrag den Reformvorschlägen Macrons nicht sehr weit entgegen. So soll der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten und im EU-Recht verankerten Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden. Außerdem wird Offenheit für eine quantitative Erweiterung des EU-Haushalts, der in der Zukunft auch für Investitionen genutzt werden könnte, signalisiert. Gleichzeitig wird aber auch die Leitfunktion des Stabilitäts- und Wachstumspakts hervorgehoben. Es bleibt abzuwarten, wie Macron und EU-Entscheidungsträger hierauf reagieren werden.

Die Wiederaufnahme der Debatte um die Architektur der Eurozone kann für uns eine Chance für weitere Interventionen sein.

## **Zuspitzung inner-linker Widersprüche im Vorfeld der EP-Wahlen**

Derzeit beginnen in allen politischen Lagern die Vorbereitungen auf die EP-Wahlen 2019. Dabei zeichnen sich einige interessante Kontroversen ab. So sind Vorschläge, wie sie u.a. von Macron kommen, zumindest teilweise transnationale Listen zu machen, jetzt im EP abgelehnt worden. Auch zum Leidwesen der ultra-europäistischen deutschen Grünen. Macron wollte, dass wenigstens die durch den BREXIT frei werdenden Sitze transnational gewählt werden. Die strategische Idee dahinter war, dass er damit seine eigene Firma über Frankreich hinaus auch im EP etablieren könnte. Das wurde von einer Mehrheit im EP jetzt abgelehnt. Lediglich an der bereits 2014 eingeführten Praxis der Spitzenkandidaten – damals Juncker und Schulz – wird festgehalten. Für Macron hat das den Nachteil, dass sein Verein dann wohl maximal auf 30% der Sitze des französ-

sischen Kontingents kommt, und damit die Kräfteverhältnisse in Frankreich realistisch zum Ausdruck kommen. Denn die EP Wahlen sind die einzigen Wahlen in Frankreich, die nach reinem Verhältniswahlrecht stattfinden.

Ein EP-Wahlbündnis bereits angekündigt haben Varoufakis und der Präsidentschaftskandidat 2017 der französischen Sozialdemokraten, Benoît Hamon. Sie haben auch Kontakte mit der französischen KP aufgenommen, deren Ergebnisse aber noch nicht bekannt sind.

Die KP hatte ihrerseits bereits im vergangenen Dezember eine europapolitische Konferenz in Marseille veranstaltet, an der auch Gregor Gysi teilnahm. Die Konferenz in Marseille war als Alternativprojekt zu der internationalen *Plan B-Initiative* konzipiert, in der Mélenchon eine maßgebliche Rolle spielt. Was als Hintergrund dazu interessant ist: In Marseille ist auch der Wahlkreis Mélenchons. Er kam dort in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen vor Macron auf den ersten Platz. Über die Hintergründe des gespannten Verhältnis zwischen *La France Insoumise* und *FKP* ist die Lektüre der bei der Rosa Luxemburg Stiftung erschienen Studie von Peter Wahl sehr informativ, die Thomas Zmrzly dankenswerter Weise über die Liste geschickt hat.

Die Auseinandersetzungen dürften sich weiter verschärfen und auf die Linke in Westeuropa insgesamt übergreifen. Eine jüngste Zuspitzung ergab sich, nachdem die französische *Parti de Gauche* beantragt hatte, *Syriza* aus der EP-Fraktion der *GUENG-GL* auszuschließen, weil *Syriza* in Befolgung von Troika-Auflagen jüngst das griechische Streikrecht beschnitten hat.

So wie es derzeit aussieht, wird die EP-Wahl in Frankreich und einigen anderen Ländern, z.B. Griechenland, auch zu einer Kraftprobe zwischen verschiedenen Formationen links der Sozialdemokratie werden.

## **Eigene EUREXIT-Aktivitäten**

### 1) Auswertung unserer Tagung vom 1. Dezember 2017

Unsere interne Tagung am Vormittag des 1. Dezember war nur mäßig besucht. Neben ein paar zufälligen Umständen dürfte eine Rolle spielen, dass die EU-Krisen nicht mehr als so dramatisch wahrgenommen werden als letztes Jahr. Wir sind nicht die Einzigen, die davon betroffen sind. Auch bei *Initiativen wie Europa* neu begründen macht sich der Trend bemerkbar.

Gut besucht dagegen war die gemeinsame Veranstaltung am Nachmittag mit *Europa neu begründen*. Das Format der kontroversen Diskussion kommt gut an. Besonders gut angekommen ist der Vortrag von Jürgen Wagner zur Militarisierung der EU und deren geopolitischen Ambitionen. Diese Dimension scheint in der Linken über beträchtliches Potential zur Delegitimierung weiterer Supranationalisierung zu verfügen.

### 2) Attac-Kongress zur EU und zu Europa

Attac veranstaltet vom 5. bis 7. Oktober an der Uni Kassel einen großen Kongress zum Thema EU und Europa in der Größenordnung von 800 Teilnehmern.

Trotz des etwas einfallslosen Titels: *Ein anderes Europa ist möglich! Demokratisch - solidarisch - friedlich – ökologisch – feministisch* dürfte es die erste größere Veranstaltung in diesem Land sein, in der grundlegende Kritik an der EU und am Euro sich gleichberechtigt neben dem übli-

chen Europäismus der deutschen Linken artikulieren kann (s. dazu in der Anlage das Konzept). So werden für die drei Hauptpodien neben Gesine Schwan, Frank Bsirske oder Andrea Ypsilanti auch Wolfgang Streeck, Frédéric Lordon und Jeanne Chevalier (Beraterin von Mélenchon) sowie ein linker BREXIT-Befürworter aus der Labour Party eingeladen.

Außerdem folgt der Kongress nicht dem hegemonialen Alleinvertretungsanspruch der EU „Europa“ zu sein, sondern wird neben den Problemen der EU auch das ganze Europa und das Verhältnis zwischen EU und Europa thematisieren. Deshalb werden auch ein leibhaftiger Russe - Boris Kagarlitzky - sowie Gabriele Krone-Schmalz als Protagonistin einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur eingeladen.

Darüber hinaus kann EUREXIT als Kooperationspartner den Kongress mitgestalten. Andere Kooperationspartner sind u.a.: Initiative Europa Neu Begründen, Rosa Luxemburg Stiftung, Brot für die Welt, MAKOSKOP, Institut Solidarische Moderne, Diem25 und wahrscheinlich Ver.di

Mitgestalten heißt, dass wir auch eine Podiumsdiskussion mittleren Formats (ca. 200 Teilnehmer) wesentlich mitorganisieren können. Den thematischen Schwerpunkt werden wir in Abstimmung mit MAROSKOP und LEXIT noch festlegen.

Zusätzlich besteht noch die Möglichkeit selbstorganisierte Workshops durchzuführen. Einzelheiten werden wir als EUREXIT noch überlegen.

Diese Möglichkeit besteht auch für jene unter Euch, die noch für eine andere Organisation (keine Parteien) einen Workshop zu einem europapolitischen Thema machen wollen.

Wir werden Euch über alle Weitere auf dem Laufenden halten.

### 3) Nächste internationale Plan B-Konferenz

Die nächste *Plan B-Konferenz* wird am 18-20 Mai in Athen stattfinden. Nach den wenigen Informationen, die uns dazu vorliegen dürfte sie eine starke innenpolitische Orientierung auf Griechenland haben.

### 4) EUREXIT Tagung

Eine weitere Tagung im üblichen Format (interner Teil am Vormittag, öffentliche Debatte am Nachmittag) ist vor der Bildung einer Bundesregierung und der Bekanntgabe ihrer europapolitischen Pläne nicht sinnvoll. Sobald diese Pläne auf dem Tisch liegen, werden wir zeitnah eine Telefonkonferenz des Steuerungskreises einberufen, um eventuell eine weitere Tagung zu organisieren, welche nicht lange nach der Regierungsbildung stattfinden sollte.